

Lieber Stefan,

wie am Mittwoch bei der DUH persönlich besprochen, übermittle ich Dir hiermit den Link zum Policy Paper des Roundtable Wärmewende 2, den ich moderiert habe.

[April-2024_Roundtable_Waermewende_Policypaper.pdf \(jk-kom.de\)](#)

[April_2024_Praxisbeispiele_Roundtable_Waermewende.pdf \(jk-kom.de\)](#)

Unsere Vorschläge sind praxiserprobt.

Diesmal liegt der Schwerpunkt auf Finanzierungsfragen. Aufgrund der finanziellen Situation des KTF ist ohne Änderung des Grundgesetzes nicht davon auszugehen, dass die Zuschüsse für die kommunale, erneuerbare Wärme-Infrastruktur aus dem BEW wie notwendig fließen werden. Da im Zeitalter der Erneuerbaren die OPEX-Kosten eine geringere Rolle als die CAPEX-Kosten spielen, ist die intelligente und sozialverträgliche Finanzierung der notwendigen Investitionen für die Energiewende ein Schlüssel zur sozialen Akzeptanz und zum Ausbau des (kommunalen) Kapitalstocks.

Eigenkapital ist teuer und erwartet eine entsprechende Verzinsung. Dies würde auch zu deutlich steigenden Preisen für Verbraucherinnen und Verbraucher führen und die Akzeptanz der Energiewende an sich gefährden. Fehlende Zuschüsse durch Eigenkapital zu ersetzen, würde in vielen Fällen die Stadtwerke überfordern und könnte zu einem Ausverkauf führen, wie ich ihn vor ca. 25 Jahren schon in der kommunalen Wohnungswirtschaft erlebt habe.

Dabei gibt es eine gute und sinnvolle Alternative: langfristige – z.T. staatlich abgesicherte – Finanzierungen in unterschiedlichen Variationen, vor allem mit langen Laufzeiten und einer ausreichend langen tilgungsfreien Anfangsphase. Entscheidend ist, die Kosten möglichst gering zu halten und das vorhandene Eigenkapital gut und sicher zu hebeln. Die direkte oder indirekte Bereitstellung von staatlichen Krediten unterliegt nicht der Schuldenbremse.

Staatlich finanzierte Zinsabsenkungen, die für bestimmte Projektarten sinnvoll sind, unterliegen der Schuldenbremse, sind aber in der Regel deutlich günstiger und zielgenauer als Zuschüsse.

Dies ist auch ein gutes Modell für Bürgerenergiegenossenschaften.

Gute Vorbilder sind die langfristige Finanzierung des gemeinnützigen Wohnungsbaus in Wien über einen revolvingen Fonds, der direkt über die Stadt Wien an die Wohnungsunternehmen ausgereicht wird und in den letzten Jahrzehnten ohne Ausfälle funktioniert hat. Dieser Ansatz wird in Berlin für die Genossenschaftsförderung übernommen, dort erfolgt die Auszahlung über die landeseigene Förderbank IBB.

Ich bin seit über 20 Jahren in der Mietergenossenschaftsbewegung aktiv und kenne daher auch die Praxis genau.

Ich würde mich freuen, wenn ich das Konzept in einem persönlichen Gespräch erläutern könnte und stehe für Rückfragen sehr gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Mindrup